

Der Fall Yücel

Und die Pressefreiheit

Es gibt viele Arten von Freiheit. Wer den Begriff Freiheit hört, denkt wahrscheinlich zuerst an die persönliche Freiheit, die grob ausgedrückt daraus besteht, in Unabhängigkeit und nicht in Unterdrückung zu leben.

An die Pressefreiheit denkt man vermutlich erst später, da sie hierzulande für die meisten Leute selbstverständlich ist und fest in unserem Grundgesetz verankert ist. Dort heißt es „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ (Art. 5 Abs. 1 GG). Damit zählt die Pressefreiheit in Deutschland zu den Grundrechten, die durch die Ewigkeitsklausel unabänderlich geschützt sind und um die man sich eigentlich keine Sorgen machen müsste.

Dass die Pressefreiheit aber auch andere Facetten haben und sehr wohl zu einem Thema gesellschaftlicher Brisanz heranwachsen kann, zeigt der Fall Yücel. Deniz Yücel ist der Türkei-Korrespondent der WeltN24-Gruppe und einer der bekanntesten Journalisten, die ihrer (Presse-) Freiheit beraubt wurden und spüren mussten, was es bedeutet, von einem politischen System für seine Worte bestraft zu werden. Deniz Yücel wurde am 14. Februar 2017 in der Türkei das zweite Mal festgenommen, nachdem er dort bereits im Jahr 2015 verhaftet wurde. Damals wurde Yücel allerdings nach wenigen Stunden wieder freigelassen. Offiziell sollten nur die Personalien des Journalisten und einiger seiner Kollegen festgestellt werden. Yücel selber vermutet allerdings, dass die kritischen Fragen, die er kurz zuvor auf einer Pressekonferenz stellte, zu der kurzweiligen Festnahme führten.

Bei der Verhaftung zwei Jahre später durfte Yücel nicht nach ein paar Stunden wieder gehen. Dieses Mal wurden Deniz Yücel aufgrund seiner Berichterstattung über geleakte E-Mail-Verläufe des türkischen Energieministers und Schwiegersohn des Staatpräsidenten Erdogan „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“, „Datenmissbrauch“ und „Terrorpropaganda“ vorgeworfen.

Knapp zwei Wochen nach seiner Festnahme ordnete der Richter Mustafa Cakar Untersuchungshaft gegen Yücel an. Zu den Vorwürfen gehörten „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ und „Aufwiegelung der Bevölkerung“. Dabei bezog sich der Richter allerdings nicht auf die Berichte über die E-Mail-Leaks, sondern auf zwei ältere Artikel Yücel, die den Putschversuch 2016 in der Türkei und ein Interview mit einem PKK Kommandanten betreffen. Was darauf folgte, war eine einjährige Untersuchungshaft, die für diplomatische Konflikte, Debatten und Solidaritätsbekundungen sorgte.

Ein Umstand, der die Festnahme und die anschließende Verfahrensweise begünstigte, ist der Ausnahmezustand, der seit dem Putschversuch 2016 in der Türkei gilt und im Januar dieses Jahres bereits zum sechsten Mal verlängert wurde. Der Ausnahmezustand ermöglicht es unter anderem, Verdächtige ohne richterlichen Beschluss für bis zu 14 Tage in Gewahrsam zu nehmen.

Was den Fall für die Pressefreiheit in Deutschland so brisant macht, ist die Tatsache, dass Deniz Yücel sowohl deutscher als auch türkischer Staatsbürger ist. Viele Menschen sehen die deutsche Pressefreiheit dadurch gefährdet und forderten Courage und Einsatz seitens der deutschen Behörden. Daraus resultierte ein diplomatischer Konflikt, der sich mit zunehmender Haftdauer Yücel immer weiter zuspitzte. Bundeskanzlerin

Angela Merkel und Bundesaußenminister Sigmar Gabriel äußerten sich mehrfach zu dem Fall Yücel und forderten von der Türkei die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien. Doch der lauteste Einsatz für die Freilassung Yücel war der seiner Freunde, Bekannten und Kollegen des Journalisten. Es kam zu mehreren Solidaritätsbekundungen, die sich unter anderem unter dem Hashtag #FreeDeniz formierten.

In einem Interview, das Außenminister Gabriel dem Spiegel gab, nannte dieser Rüstungsexporte in die Türkei und den Fall Yücel in einem Atemzug und sorgte damit für viele Diskussionen um sogenannte „schmutzige Deals“. Nach dem Lostreten der Debatte betonte Gabriel allerdings, dass er keine Verbindung zwischen der Freilassung Yücel und deutschen Rüstungsexporten herstellen wollte. Yücel selbst äußerte sich in einem Interview, das er schriftlich über seine Anwälte führte. Darin sagte er, dass er nicht für schmutzige Deals zur Verfügung stehe.

Am 16. Februar 2018 wurde Deniz Yücel plötzlich aus der Haft entlassen. Zuvor hatte die türkische Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen ihn vorgelegt. In dieser fordert die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von vier bis 18 Jahre wegen „Aufstachelung des Volkes zu Hass und Feindseligkeit“ und „Propaganda für eine Terrororganisation“. Der Verhandlungstermin wurde für den Juni dieses Jahres angesetzt. Yücel flog noch am selben Tag nach Deutschland, da seine Freilassung nicht an einer Ausreisesperre gebunden war. Auch, wenn die Freilassung Yücel größtenteils Erleichterung und Freude auslöste, ließen es sich einige aufgebraachte Populisten nicht nehmen, diesen Anlass in ein schlechtes Licht zu rücken. Ersten Medienberichten zufolge wurde Yücel in einer Regierungsmaschine nach Deutschland gebracht. Diese Schlagzeile

war Wasser auf die Mühlen von aufgebrauchten Bürgern und Politikern, die die angebliche Bevorzugung Yücel und den durch Steuergelder bezahlten Rückflug als ungerecht empfanden. Wie sich nachher allerdings herausstellte, wurde das Flugzeug von der Tageszeitung Welt gechartert.

Nicht nur diese Falschmeldung nahmen einige Leute zum Anlass gegen Yücel zu wettern. Vor dem Hintergrund zweier älterer Beiträge Yücel, in denen sich der Journalist satirisch und im überspitzten Ton über den umstrittenen Politiker und Autor Thilo Sarrazin und „die Deutschen“ äußerte, forderten aufgebrauchte Nutzer unter Beiträgen in sozialen Medien die „Abschiebung“ wegen „Volksverhetze“ und „Deutschlandhass“. Sogar während der Inhaftierung Yücel sorgten die Beiträge Yücel für so große Aufregung, dass sich besagte Leute wünschten, die Regierung würde überhaupt nicht erst versuchen, ihn aus dem Gefängnis zu holen. Als könne man die Rechtsstaatlichkeit für bestimmte Personen aussetzen. Die Forderung dieser Methoden ähnelt jenen, wegen denen Yücel ein Jahr lang ohne Anklageschrift im Gefängnis saß.

Die taz, die Zeitung, in der sich Yücel über Sarrazin äußerte, musste dem Politiker für die Persönlichkeitsverletzung 20.000 € zahlen. Damit wurde Yücel für seine Kolumne aus dem Jahr 2012 zur Rechenschaft gezogen und es wäre nicht nötig gewesen, diesen Fall noch einmal aufzurollen. Diese Tatsache hat Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) nicht daran gehindert, in einer Rede im Bundestag die gleichen populistischen Argumente der aufgebrauchten Facebook Nutzer zu verwenden, um Deniz Yücel zu diskreditieren.

Zunächst sagt Gottfried Curio während seiner Rede, dass die AfD die Freilassung Yücel begrüße, nur um dann seine zweifelhafte Sicht der Dinge vorzutragen. Aufgrund der politischen Bevorzugung Yücel fordert Curio eine Missbilligung der Aussagen Yücel über Deutschland seitens der Bundesregierung und schlug als ehrlichen und überfälligen Schritt vor, der Journalist solle doch seine „verhasste“ deutsche Staatsbürgerschaft abgeben. In der darauffolgenden viralen Rede von Grünen-Politiker Cem Özdemir folgt eine scharfe Kritik an der Rede Curios und der AfD im Allgemeinen. Özdemir betont in seiner Rede, dass es

nicht die Aufgabe der Bundesregierung oder des Bundestags sei, journalistische Arbeit zu bewerten.

Man könnte meinen, der Fall Yücel wäre damit beendet. Allerdings war Deniz Yücel nur einer von über 100 derzeit inhaftierten Journalisten und nur einer von einer Handvoll inhaftierten Bundesbürgern, die aus politischen Gründen in der Türkei im Gefängnis sitzen. Aus diesem Grund lautet der Hashtag mittlerweile nicht mehr #FreeDeniz sondern #freethemall. Es bleibt zu hoffen, dass sich auch weiterhin Regierungen und Zivilgesellschaft für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und gegen unrechtmäßige Inhaftierungen in der Türkei einsetzen.

Doch ist die Türkei bei weitem nicht das einzige Land in dem die Pressefreiheit gefährdet ist. Die NRO Freedom House veröffentlicht jährlich die Berichte Freedom in the World und Freedom of the Press. In dem Bericht Freedom of the Press bewertet die Organisation anhand verschiedener Analysen die weltweite Pressefreiheit. Laut dem letzten Bericht wurden 31 Prozent der 199 untersuchten Länder als frei eingestuft. 36 Prozent wurden als teilweise frei und 33 Prozent als nicht frei eingestuft.

Dabei gilt Norwegen mit einer Bewertung von acht Punkten (die Bewertung zieht sich von 0–100, wobei 0 der beste und 100 der schlechteste Wert ist) als freiestes Land und Nord-Korea mit einer Bewertung von 98 Punkten als unfreiestes Land. Die Türkei erhielt im vergangenen Jahr eine Bewertung von 76 Punkten, was ebenfalls als nicht frei gilt. Deutschland ist mit 20 Punkten eines der Länder, in denen Pressefreiheit existiert. Der Freedom House Bericht zeigt allerdings, dass Pressefreiheit ein Thema ist, das globale Ausmaße hat und mit dem wir uns auch in Deutschland beschäftigen müssen. d

Anzeige

„ Die Normalität ist
eine gepflasterte Straße,
man kann gut darauf gehen
doch es wachsen keine
Blumen auf ihr. “

sagte Vincent van Gogh
und findet

**möbel
schwienhorst**

FRIEDRICH-EBERT STR. 120, Münster
www.moebel-schwienhorst.de
www.erqo-furniture24.com